

**Zeitschrift:** Freidenker [1956-2007]  
**Herausgeber:** Freidenker-Vereinigung der Schweiz  
**Band:** 89 (2004)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Aktuell : CVP-Flop "Solidaritätssteuer"  
**Autor:** Rey, Anne-Marie / Caspar, Jürg L. / Kaech, Jean  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1041910>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Sitzung des Grosser Vorstandes

23 Mitglieder aus 9 Sektionen haben an der diesjährigen Sitzung des Grossen Vorstandes, am 20. November in Olten, teilgenommen.

Haupttraktandum war statutengemäss das Budget 2005, das einstimmig verabschiedet wurde.

Daneben wurde ausführlich über die geplante Geschäftsstelle informiert und diskutiert.

Ausser der Sektion Basel FVS, wo derzeit noch eine Urabstimmung läuft, haben alle Sektionen den Entscheid der Delegiertenversammlung für einen Sonderbeitrag in der Höhe von 10% des Sektionsvermögens an die neue Geschäftsstelle gutgeheissen. Die Stelle wird noch in diesem Jahr ausgeschrieben.

rc

**Freidenker-Vereinigung der Schweiz**  
die Stimme der Konfessionsfreien  
[www.freidenker.ch](http://www.freidenker.ch)

## Eine Aufgabe für Sie? LeiterIn der Geschäftsstelle 50 %

Für den Aufbau der neuen Geschäftsstelle in Bern suchen wir eine initiativ, selbständige Persönlichkeit.

Sie bringen mit:

Erfahrung in PR und Marketing im Non-Profit-Bereich

Erfahrung in Administration/PC

Sprachen: d/f schriftlich und mündlich, zusätzlich i/e von Vorteil

Bevorzugter Arbeitsort: Bern. Arbeitsbeginn: 1. Mai 2005 o.n.V.  
Schriftliche Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bis 15.01.05 an den Zentralpräsidenten FVS, J.L Caspar, Büelrain 4, 8545 Rickenbach.

## CVP-Flop "Solidaritätssteuer"

## Aktuell

Die CVP Schweiz hat anfangs November vorgeschlagen, dass Nicht-Kirchenmitglieder anstelle der Kirchensteuer obligatorisch eine Alternativsteuer zugunsten der Entwicklungshilfe zahlen sollen. Im FREIDENKER wurden schon verschiedentlich Alternativmodelle zur heute noch in den meisten Kantonen erhobenen Kirchensteuer diskutiert. Der CVP-Vorschlag ist natürlich absolut ungeeignet und in der Öffentlichkeit auch prompt durchgefallen. Lesen Sie die folgenden drei Leserbriefe von Mitgliedern der Vereinigung:

### Solidaritäts-Steuer für Konfessionsfreie?

Die Idee der CVP ist an sich nicht neu, war doch davon schon die Rede im Zusammenhang mit einem Wegfall der Kirchensteuern für juristische Personen, nach einer eventuell vollzogenen Trennung von Staat und Kirche. Neu ist, dass dies jetzt auch auf konfessionslose Privatpersonen anzuwenden wäre.

Zu klären wäre vorab, ob das Ganze nicht dem Verfassungsartikel über die Religionsfreiheit total widerspricht. Zu bedenken wäre ferner, dass in Kantonen ohne Trennungsstatus – und das ist immer noch die Mehrheit – in der Regel die Kirchen noch Zuschüsse aus allgemeinen Staatssteuer-Erträgen erhalten, sodass jeder Konfessionslose auf diesem Umweg bereits seinen Beitrag an die Kirchen ablieft. Erzwungene Solidaritätszahlungen nicht geben, schon gar nicht in unserem Land, wo die zahllosen privaten Hilfswerke schon seit langer Zeit gute Arbeit leisten!

Jürg L Caspar  
Zentralpräsident FVS Schweiz

### Kirchensteuer oder Entwicklungshilfe?

So weit sind wir nun also: Wer in keiner Kirche Mitglied ist und somit keine Kirchensteuern bezahlt, soll einer neuen Steuerpflicht unterworfen werden – Zahlung in etwa gleicher Höhe (abgestuft nach Einkommen) in einen Fonds für Entwicklungshilfe. Die CVP respektive deren Katholiken hätten auch andere Möglichkeiten, Geld frei zu machen für Entwicklungshilfe: Keine Zahlungen mehr an die millionenschweren Papstreisen . . . Andererseits könnten doch auch jene Menschen, die keine Beiträge an Fussballklubs, Chüngelizüchtervereine, Golfklubs... bezahlen, verpflichtet werden, einen dem Mitgliederbeitrag entsprechenden Betrag in einen Fonds einzuzahlen. Dieses Geld könnte Verwendung finden für Hilfe an kleine und grössere Kinder beiderlei Geschlechts, die von Priestern sexuell missbraucht wurden. Ob die CVP auch an diese Möglichkeit gedacht hat?

Jean Kaech, Bern  
Bund 18.11.04

### Neuer Vorschlag ist ungeeignet

(..)Dieser Vorschlag ist zwar interessant, aber er hinkt: Die Kirchensteuer wird ja nicht für soziale Werke oder Entwicklungshilfe eingezogen, sondern für kirchliche Zwecke. Auch Kirchenmitglieder sollen ihren Teil an die so dringend notwendige Aufstockung der Entwicklungshilfe zahlen! Die Idee der CVP ist zudem nur unter folgenden Bedingungen überhaupt prüfenswert: Das Geld, das über diese Alternativsteuer zusammenkommt, dürfte nicht für kirchennahe Entwicklungshilfeprojekte eingesetzt werden. Die Gehälter von Priestern und Pfarrern dürfen nicht längeraus allgemeinen Steuergeldern (also auch aus den Staatssteuern der Nicht-Kirchenmitglieder!) bezahlt werden. Beziehungsweise die Steuern der Nicht-Kirchenmitglieder müssten um einen entsprechenden Betrag ermässigt werden. Diese in vielen Kantonen (zum Beispiel Bern) noch übliche obligatorische Subventionierung der «Staatskirchen» durch Nicht-Kirchenmitglieder ist ohnehin eine Verletzung der Religionsfreiheit!

Anne-Marie Rey, Zollikofen  
BZ 13.11.04